

**Antrag 212/I/2024****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bildung einer TaskForce zur Wiederherstellung staatlichen Handelns und schnelleren Abwicklung von Aufenthaltsverlängerungen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats  
2 werden aufgefordert umgehend sich dafür einzusetzen,  
3 das die Landesregierung Berlin schnellstmöglich eine ad-  
4 hoc TaskForce bildet, bestehend aus Vertreter:innen der  
5 Innenverwaltung (unter Federführung), der Integrations-  
6 sowie der Sozialverwaltung, des Landesamts für Einwanderung  
7 (LEA) sowie der Integrationsbeauftragten und ggf.  
8 Vertreter:innen der Zivilgesellschaft. Ziel dieser TaskForce  
9 ist es, eine kurzfristige Lösung - etwa durch vorübergehenden  
10 Abordnungen zum LEA - zu finden, um eine fristgerechte  
11 Bearbeitung von Aufenthaltstiteln in Berlin umzusetzen.  
12 Zugleich ist zur Gewährleistung der Rechte der  
13 Betroffenen umgehend dafür Sorge zu tragen, dass diese  
14 nach Antragstellung eine sog. Fiktionsbescheinigung erhalten.  
15

16

17

**18 Begründung**

19 Das Landesamt für Einwanderung kommt seiner staatlichen  
20 Aufgabe derzeit ungenügend nach. Zentral ist die Erteilung  
21 von Aufenthaltstiteln, damit sich Eingewanderte und  
22 Geflüchtete legal in Deutschland aufhalten. Die aktuellen  
23 Wartezeiten für einen Termin beim LEA zur Verlängerung  
24 von Aufenthaltstiteln beträgt derzeit bis zu sechs  
25 Monate. Dies führt aktuell dazu, dass sich hunderttausende  
26 von Migrant:innen ohne gültige und fristgerecht verlängerte  
27 Aufenthalte in Berlin aufhalten. Faktisch sind sie  
28 illegal, nicht etwa weil sie dies selbst verschulden, sondern  
29 weil die staatliche Behörde LEA ihrer Aufgabe nicht nachkommt.  
30 Dies führt derzeit zu erheblichen Schwierigkeiten für die  
31 Betroffenen. Bis zu einem Termin für die Verlängerung einer  
32 Aufenthaltserlaubnis erhalten Betroffene auf Nachfrage lediglich  
33 eine standardisierte E-Mail, aus der ohne Nennung der Person  
34 und ohne amtlich beurkundete Bescheinigung hervorgeht,  
35 dass der Aufenthalt grundsätzlich weiter rechtmäßig ist. Diese  
36 E-Mail wird von Dritten, etwa Vermietern, Arbeitgebern, Schulen  
37 oder Grenzbeamten in den allermeisten Fällen aber nicht  
38 anerkannt. Betroffene laufen daher akut Gefahr, ihre Arbeit  
39 zu verlieren, haben erhebliche Probleme bei der Wohnungssuche  
40 oder erhalten falls berechtigt, mangels gültiger Aufenthaltserlaubnis  
41 keine staatlichen Leistungen, zumindest nicht termingerecht. Auch  
42 ist es den Betroffenen ohne gültige Papiere nicht möglich ein- und  
43 auszureisen, etwa um einen Jahresurlaub anzutreten oder ihre  
44 Familien in der ersten Heimat zu besuchen.  
45

46

47

48 Dies betrifft nicht nur Geflüchtete, die sich erst seit Kur-  
49 zem in Berlin befinden, sondern auch alteingesessene  
50 Migrant:innen, die noch nicht im Besitz einer Niederlas-  
51 sungserlaubnis sind – ab fünf Jahren Aufenthalt und sozi-  
52 alversicherungspflichtiger Beschäftigung - und die auf all-  
53 jährliche oder zweijährliche fristgerechte Verlängerungen  
54 ihrer Aufenthaltstitel angewiesen sind, damit sie und ihre  
55 Familien sich legal in Deutschland aufhalten können.

56

57 Durch die Bildung einer TaskForce muss die Landesverwal-  
58 tung das Ziel verfolgen, berechtigte Aufenthalte schnellst  
59 möglichst zu legalisieren. Dazu muss die Aufenthaltsver-  
60 längerung neben der Einbürgerung zur obersten Priorität  
61 des LEA erklärt werden. Durch die Zusammenarbeit der In-  
62 nenfachleute mit den Berater:innen der Integrationsbe-  
63 hörde soll eine Problemorientierung gewährleistet sein,  
64 die nah an den Bedürfnissen der Betroffenen ist und die  
65 den Staat wieder handlungsfähig macht.